

SPANIEN

Gewerkschaftsmonitor

Januar 2020

**FRIEDRICH
EBERT** 
STIFTUNG

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

Aus Sicht der Gewerkschaften gilt die Reform des Arbeitsrechts (2012) als die gravierendste Veränderung für die Arbeitnehmer_innen und ihre Rechte. Die Regierung unter dem konservativen Premier Mariano Rajoy hatte als Teil ihrer Austeritätspolitik eine drastische Lockerung des Kündigungsschutzes bewilligt, bei dem schon vorübergehende Verluste oder erwartete zukünftige Absatzrückgänge als Rechtfertigung für Entlassungen betrachtet werden. Darüber hinaus steht es den Arbeitgebern frei aus der Tarifbindung auszuscheren und beispielsweise Lohnkürzungen festzulegen, gesetzt den Fall dafür »ökonomische, technische oder wettbewerbliche« Gründe nennen zu können. Zudem ist eine mehrmalige Verlängerung der befristeten Verträge von bis zu zwei Jahren möglich. Daneben wurden Subventionen an soziale Organisationen gekürzt, Freistellungsrechte von Delegierten beschnitten und gezielte antigewerkschaftliche Kampagnen gefahren. Fakt ist, die PP (Partido Popular) hatte mit der Einführung der Arbeitsrechtsreform 2012 gegen die Tarifautonomie der Gewerkschaften verstoßen, da sie die kurz zuvor getroffenen Vereinbarungen zwischen Arbeiternehmerorganisationen und Arbeitgebern außer Kraft gesetzt hatte. Die Arbeitsmarktreform stärkt somit explizit die individuelle Arbeitgebermacht gegenüber kollektiven Regelungen und schwächt gleichzeitig die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften.

Ein weiterer frontaler Schlag gegen die Gewerkschaftsbünde ist das Gesetz zur öffentlichen Sicherheit (2015), was die Streik- und Demonstrationsfreiheit massiv beschneidet. Die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik kann somit als eine neokonservative, autoritäre Sicherheitspolitik verstanden werden.

Die Parlamentswahlen 2015 brachten viel Bewegung in die sozial-politische Landschaft Spaniens. Neben den zwei neuen Parteien (der linkspopulistischen Podemos und liberalen Ciudadanos), die es geschafft haben, sich in dem politischen System zu etablieren, wählten die beiden großen Dachverbände auf ihren nationalen Kongressen 2016 (UGT) bzw. 2017 (CCOO) mit José María Álvarez und Unai Sordo zwei neue

Vorsitzende mit einem klaren Auftrag zu einer gewerkschaftlichen Erneuerung.

Nachdem Misstrauensvotum gegen Rajoy (2018) regierte die PSOE unter Pedro Sánchez zunächst als Minderheitsregierung mit parlamentarischer Unterstützung von Unidos Podemos (UP) und diversen Regionalparteien. Die katalanische separatistische ERC entzog ihm indes das Vertrauen, was zu Neuwahlen im April und nochmals im November führte. Nach zähem Ringen wählte die ERC im Januar 2020 eine Linkskoalition aus PSOE und UP ins Amt. Es ist die erste Koalitionsregierung Spaniens seit den 1930er Jahren. Beide Gewerkschaftsbünde setzten sich hinter den Kulissen massiv für diese Koalition ein. Sie erhoffen sich von dem Linksbündnis die Revision der konservativen Arbeitsmarktreform – angesichts der parlamentarischen Machtverhältnisse eine trügerische Hoffnung. Zum ersten Schwur kommt es im Juni 2020 bei der Haushaltsabstimmung.

Seit dem 1. Januar 2019 gilt ein flächendeckender Mindestlohn in Höhe von 900 Euro netto in Spanien, was einer Anhebung von rund 22,3 Prozent entspricht. Zudem wurde ein Gesetz zur Gewährleistung der Gleichbehandlung und der Chancengleichheit von Frauen und Männern in Beschäftigung und Beruf erlassen sowie eine Anhebung der Renten und Pensionen bewilligt.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise traf Spanien sehr hart. Obwohl der Bauboom, Tourismus, und Dienstleistungssektor – besonders der Einzelhandel und die Gaststätten – von 1993 bis 2007 die Beschäftigung von zwölf auf 22 Mio. Menschen ansteigen ließen und dadurch die Arbeitslosenrate von 23 auf acht Prozent senkte, war die Mehrzahl der entstandenen Arbeitsplätze im prekären Niedriglohnjobsektor zu finden.

Nach fünf Jahren Rezession und Arbeitsplatzabbau (2009–2013: fast minus 10 Prozent BIP Rückgang) begann 2015 eine Phase langsamer wirtschaftlicher Erholung, der sich 2019 indes schon wieder abschwächte. Die Arbeitslosenquote im November 2019 (13,9%) konnte im Vergleich zu 2017 um rund drei Prozent gesenkt werden.

Allerdings besitzt Spanien immer noch eine der höchsten Raten bei der Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der Europäischen Union (14,1%). Zudem sind die Reallöhne in Spanien geschätzt um – 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr gesunken. Der aktuelle Gini-Koeffizient weist einen Wert von 35,9% hinsichtlich der ungleichen Einkommensverteilung in Spanien aus. Unter Berücksichtigung dieser Daten kann gesagt werden, dass die spanische Wirtschaft sich momentan in einem leichten Aufschwung befindet und stetig weiterwächst. Jedoch steht dieser auf tönernen Füßen. Die Gewerkschaften haben es sich zur Aufgabe gemacht, die gravierenden Folgen der langen Rezession wie die zunehmende soziale Ungleichheit und die Prekarisierung der Beschäftigung zu bekämpfen, da diese bis zum heutigen Tag nicht beseitigt werden konnten.

Ein weiteres Problem vor denen die spanischen Gewerkschaften stehen, ist der Katalonienkonflikt. Dieser spaltet nicht nur die spanische Gesellschaft, sondern sorgt auch für Spannungen innerhalb der Gewerkschaften. Anfangs unterstützten die katalanischen Verbände der Gewerkschaften UGT und CCOO die Forderung der Regionalregierung nach einem Unabhängigkeitsreferendum, jedoch distanzieren sie sich von den verfassungswidrigen Protestaktionen. Während des illegalen Referendums (1. Oktober 2017) kam es teilweise zu brutalen Ausschreitungen zwischen Polizei und den katalanisch-nationalen Verfechter_innen. Aus diesem Grund kündigten die Unabhängigkeitsorganisationen einen Generalstreik für den 3. Oktober 2017 an. Einerseits distanzieren sich zwar die katalanischen Verbände der Gewerkschaften UGT und CCOO öffentlich von dem offiziellen Streikaufruf, andererseits beteiligten sich viele ihrer Mitglieder an dem oben erwähnten Massenprotest.

Ähnlich gespalten reagierten die katalanischen Verbände der UGT und der CCOO im April 2018, als sie sich am Aufruf zu einer Massendemonstration der Unabhängigkeitsgruppen für die Freilassung der Gefangenen und die Rückkehr der ins Ausland geflohenen Politiker_innen beteiligten. Als offizielles Motiv für die Unterstützung wurde die Kritik an der repressiven Staatsgewalt durch die Anwendung des neuen Sicherheitsgesetzes mit Untersuchungshaft für Demonstrantinnen und Demonstranten, Streikbrecher_innen und alle möglichen öffentlichen Protestaktionen genannt. Dieses ist zwar einsichtig, doch in der gegenwärtigen polarisierten Situation kaum nachvollziehbar. Die aktive Unterstützung eines Demonstrationsaufrufes der separatistischen Unabhängigkeitsorganisationen rief unweigerlich nicht nur den Protest vieler Gewerkschaftsverbände in ganz Spanien hervor, sondern auch von einigen katalanische Verbände wie beispielsweise der UGT Renfe und Telefónica. Eine derartige direkte Einmischung in einen politisch-institutionellen Konflikt kann den Gewerkschaften nur schaden.

GEWERKSCHAFTEN IN SPANIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Der Zeitraum nach dem Tod des knapp 40 Jahre lang herrschenden Diktators Francisco Franco (1975) – genannt *La Tran-*

sición española – gilt als entscheidende Phase für die Herausbildung der modernen demokratischen Arbeitsbeziehungen und der freien Gewerkschaften. Ideologisch gesehen, waren die Gewerkschaften in kommunistische, sozialistische, sozialdemokratisch-katholische, anarchistische und nationalistische Organisationen und Gruppierungen gespalten.

Letztendlich markieren zwei grobe Spaltungslinien die spanische Gewerkschaftsbewegung der 1970er und frühen 1980er Jahre. Die »historische Arbeiterbewegung«, d. h. die Organisationen, die vor 1939 bestanden und den Franquismus im Exil überlebten, besteht aus der sozialistischen UGT, der anarcho-syndikalistischen CNT und der baskischen ELA-STV. Die 1888 gegründete UGT war in ihrer Geschichte stets eng mit der sozialistischen Partei PSOE (Partido Socialista Obrero Español) verbunden gewesen und hat sich mit dieser im Exil und im Laufe der Demokratisierung ideologisch und organisatorisch in die westeuropäische Sozialdemokratie integriert.

Die Sozialistinnen und Sozialisten waren in der antifranquistischen Demokratiebewegung kaum präsent und hatten im Exil weitgehend den Kontakt zur spanischen Arbeiterschaft verloren. Dennoch ist die UGT seit den 1990er eine der beiden konsolidierten Mehrheitsgewerkschaften Spaniens mit einer sozialdemokratischen Ideologie und Praxis. Mittlerweile lässt sich aber eine gewisse Unabhängigkeit und Distanz feststellen. Der CNT war keine vergleichbare Renaissance vergönnt. Nach einer internen Spaltung 1980, aus der zwei anarcho-syndikalistische Organisationen hervorgingen (CNTAIT und CGT), ist sie heute weitgehend in der Bedeutungslosigkeit verschwunden. Die »neue Arbeiterbewegung« bildete sich in den spontanen Streikbewegungen der 1960er Jahre im Untergrund, aber auch in den Basisstrukturen der vertikalen franquistischen Staatsgewerkschaft und der katholischen Kirche. Sie geriet bald unter starken kommunistischen Einfluss und entwickelte sich zur führenden Oppositionspartei (PCE) im Untergrund.

Die Arbeiterkommissionen (CCOO) waren anfangs spontane Streik- und Verhandlungskomitees, die sich im Laufe der Zeit zur führenden demokratischen Gewerkschaft Spaniens formten. Zum Zeitpunkt von Francos Tod (1975) waren sie der einzige demokratisch-organisierte Zusammenschluss in Spanien. Im Verlauf der Transition mussten sie allerdings bald die Ebenbürtigkeit der UGT anerkennen und litten unter dem politischen Niedergang der kommunistischen Partei. Heute sind die Unterschiede zur sozialdemokratischen UGT nur noch graduell und die gewerkschaftliche Praxis hat sich sehr stark angenähert. Zur »neuen Arbeiterbewegung« zählt des Weiteren die USO. Sie hatte sich an den ersten Arbeiterkommissionen im Untergrund beteiligt und rekrutierte sich wesentlich aus dem sozialkatholischen Arbeiterjugendmilieu. Ihre Opposition gegen den wachsenden kommunistischen Einfluss motivierte sie zum Aufbau einer eigenen Untergrundgewerkschaft, die sich ideologisch an einer Mischung aus Selbstverwaltungssozialismus und katholischer Soziallehre orientierte. In zwei Abspaltungen 1977 und 1980 verlor sie wichtige Mitgliedergruppen an die UGT bzw. die CCOO. Heute ist ihr Einfluss auf wenige Regionen und Sektoren beschränkt.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Eine Besonderheit, die Spanien von anderen europäischen Ländern unterscheidet, sind die einflussreichen, in mehreren peripheren Regionen regionalistisch-nationalistische Gewerkschaften. Im Baskenland sind die beiden nationalistischen Gewerkschaften ELA-STV (sozial-katholisch) und LAB (separatistisch) zusammengenommen stärker als UGT und CCOO. In Galizien hat die aus mehreren kleinen regionalistischen Gruppen hervorgegangene CIG einen wachsenden Einfluss erworben und ist heute mit knapp einem Drittel der Betriebskomitee-Sitze den beiden Mehrheitsgewerkschaften ebenbürtig. Nach den turbulenten Jahren des demokratischen Übergangs- und Konsolidierungsprozesses in den 1970er und 1980er Jahren kann seit Mitte der 1990er Jahre von relativ stabilen institutionalisierten demokratischen Arbeitsbeziehungen gesprochen werden. Das Kräfteverhältnis zwischen den Gewerkschaften hat sich seitdem kaum verändert.

Die beiden Dachverbände gliedern sind entlang der spanischen Regionen in 19 Landesbezirke und nach den Zusammenschlüssen im Zuge der beschlossenen Organisationsreformen der vergangenen Jahre in vergleichbarer Weise nur noch über sechs (UGT) bzw sieben (CCOO) Branchengewerkschaften. Mit Abstand sind in beiden Bündeln die vier Verbände für Industrie, Bau und Gebäudedienstleistungen, Banken und private Dienstleistungen sowie öffentliche Dienste die schlagkräftigsten Teile. Die Sektoren Ausbildung und Landwirtschaft sowie eine separate Organisation für Rentner und Pensionäre komplementieren die jeweils ähnliche Aufstellung beider.

Interessant ist noch die UPTA der UGT. Sie umfasst neben den klassischen »professionales autónomos« (Freiberufler wie etwa Ärzte, Taxifahrer, Rechtsanwälte), die sich in Deutschland eher in Kammern organisieren, zunehmend wachsende Gruppe der neuen Scheinselbstständigen der neuen digitalen Arbeitswelten.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Die Finanzkrise 2008 und das neoliberale – zum Teil gezielt antigewerkschaftliche – Krisenmanagement bewirkten eine deutliche Schwächung der Gewerkschaften und führten zu deutlichen Mitgliederverlusten. Allerdings ist der Mitgliederstand in den letzten vier Jahren leicht angestiegen aufgrund der leichten wirtschaftlichen Erholung in Spanien. Die Anzahl der Streiks von 2017 auf 2018 hat insgesamt abgenommen, dennoch haben sich doppelt so viele Menschen an diesen beteiligt. Das ist ebenfalls der systematischen Mobilisierung seitens der Gewerkschaften zu verdanken. Allerdings waren etliche der Teilnehmenden keine Gewerkschaftsmitglieder. Es zeigt sich, dass in Spanien die Mitglieder gegenüber den Gewerkschaftsbündeln eine instrumentelle Einstellung besitzen. Mit anderen Worten: die Motivation Teil einer Gewerkschaft zu sein geht mit dem Streben nach Schutz und Service insbesondere bei Arbeitskonflikten einher und weniger mit politisch-ideologischen Motiven.

Das hat zur Folge, dass die langfristige Mitgliederbindung nur schwierig zu bewerkstelligen ist, da reichlich viele während konkreter Problemsituationen auf dem Arbeitsmarkt in die Arbeitsorganisationen eintreten, um nach Lösung des Problems wieder auszutreten. Darüber hinaus lässt sich ein Formwandel hinsichtlich der Arbeitskonflikte erkennen. Die Leidtragenden von Streiks im Dienstleistungssektor sind in allererster Linie die Verbraucherinnen und Verbraucher dieser Dienstleistungen und weniger die verantwortlichen Unternehmensführungen. Einher geht der verbreite Defensivcharakter der Streiks auf öffentlicher Ebene. Beispielsweise wird eher für den Erhalt seines Arbeitsplatzes protestiert als für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und Rechte zu kämpfen. Nach wie vor zählen die älteren, männlichen Beschäftigten aus industriellen Großbetrieben und (zunehmend) aus dem öffentlichen Dienst zu der dominierenden Gruppe innerhalb Gewerkschaften.

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände des Landes

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitgliederzahl*	Internationale Mitgliedschaften
Comisiones Obreras, CC. OO. (Workers' Commissions, WC)	Unai Sordo Calvo	938.000	International Trade Union Confederation (ITUC), European Trade Union Confederation (ETUC), Trade Unionist Network Europe (TUNE)
Unión General de Trabajadores, UGT (General Union of Workers, GUW)	Pepe Álvarez Suárez Cristina Antoñanzas Peñalva	939.358	International Trade Union Confederation (ITUC), European Trade Union Confederation (ETUC)
Unión Sindical Obrera, USO (Workers' Syndical Union, WSU)	Joaquín Pérez da Silva	121.000	International Trade Union Confederation (ITUC), European Trade Union Confederation (ETUC)

* Angaben der einzelnen Dachverbände, 07.02.2019.

Tabelle 2
Die wichtigsten regionalen Gewerkschaftsbünde des Landes

Gewerkschaft	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitgliederzahl*	Internationale Mitgliedschaften
Euskal Langileen Alkartasuna-Solidaridad de Trabajadores Vascos, ELA-STV (Basque Workers' Solidarity, BWS)	Adolfo Muñoz Sanz	105.312	International Trade Union Confederation (ITUC) European Trade Union Confederation (ETUC)
Langile Abertzaleen Batzordeak, LAB (Nationalist Workers' Comitees, NWC)	Garbiñe Aranburu	45.000	World Federation of Trade Unions (WFTU)
Converxencia Intersindical Galega/ Confederación Intersindical Galega, CIG (Galician Unions Confederacy, GUC)	Paulo Carril		World Federation of Trade Unions (WFTU)

* Angaben der einzelnen Dachverbände, 07.02.2019.

Ungeachtet dessen und unter dem Einfluss des veränderten Arbeitsmarktes und der Erwerbsbevölkerung ist die Mitgliedschaft in den vergangenen zwei Jahrzehnten heterogener geworden. Die Mitgliederstruktur weist einen steigenden Anteil von höher gebildeten und weiblichen Mitgliedern aus öffentlichen und privaten Dienstleistungsbranchen auf. Rund 40 Prozent der Mitwirkenden innerhalb der großen Gewerkschaftsverbände (CCOO und UGT) sind Frauen. Daneben haben die meisten Gewerkschaften Quoten in ihren Statuten, die eine weibliche Beteiligung an gewerkschaftlichen Gremien zumindest entsprechend dem weiblichen Mitgliederanteil vorschreiben. Zwar stieg der Anteil der ausländischen Arbeiterschaft in den letzten vier Jahren stetig an, jedoch stellt sich diese Gruppe für Gewerkschaften als schwer zugänglich dar. Den spanischen Arbeitsorganisationen gelingt es nicht die Anzahl der ausländischen Mitglieder zu erhöhen. Es stellt sich heraus, dass ausländische Bürger_innen mit Bereitschaft zum Engagement eine Mitgliedschaft in den nationalen Migrantenorganisationen vorziehen.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE Kernaufgaben

Die Gewerkschaften sind anerkannte demokratische Verhandlungspartner innerhalb des politischen Systems Spaniens und tragen zur Verteidigung und Förderung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen bei. Das Streikrecht ist in Spanien ein in der Verfassung verankertes, kollektiv ausgeübtes, individuelles Grundrecht und nicht wie in einigen nordeuropäischen Ländern an gewerkschaftliche Organisationen und Urabstimmungen gebunden. Die großen spanischen Gewerkschaften verfügen über keine Streikkasse und zahlen ihren Mitgliedern kein Ausfallgeld bei Arbeitsniederlegungen. Das Arbeitnehmerstatut (1980) sowie das Gesetz über Gewerkschaftsfreiheiten (1985) setzen einen konkreten rechtlichen Rahmen für ein dualistisches System der Interessenvertretung in Spanien. Hierbei werden gewerkschaftliche Organe auf über- und betrieblicher Ebene und den von allen Belegschaften mit mehr als 50 Beschäftigten gewählten Betriebskomitees unterschieden. Im Hinblick auf die Betriebskomitees und

Gewerkschaftssektionen sind diese tarif- und streikfähig. Allerdings verfügen sie nicht über die deutschen Mitwirkungsrechte bei betrieblichen Personalentscheidungen, sondern nur über Konsultationsrechte. In Betrieben ab 50 Beschäftigten ist zudem ein paritätischer Arbeitssicherheitsausschuss vorgeschrieben.

Obendrein spielen die betrieblichen Delegiertenwahlen eine große Rolle. Das Gesetz zur Gewerkschaftsfreiheit etabliert ein allgemeines »Repräsentativitäts«-Kriterium, nach dem Gewerkschaften, die bei den Gewerkschaftswahlen landesweit über zehn Prozent (beispielsweise UGT und CCOO) oder in einer Autonomen Gemeinschaft über 15 Prozent der Delegierten (ELA-STV und LAB im Baskenland, CIG in Galizien) erzielen, ein generelles Recht zur Vereinbarung von Tarifverträgen besitzen, in den öffentlichen Institutionen vertretungsberechtigt sind und Zugang zu bestimmten staatlichen Subventionen haben. Die restlichen Gewerkschafts- und Berufsverbände sind nur in den Betrieben und Sektoren tariffähig in denen sie mehr als zehn Prozent der Delegierten aufweisen können.

In Spanien werden Verhandlungen auf zwei Ebenen geführt: auf der nationalen Ebene und auf der Betriebsebene. Hinsichtlich der Vereinbarungen auf nationalem Niveau werden wichtige nicht lohnbezogene Fragen (z. B. zu Arbeitsverträgen und Gleichstellung) konkretisiert. Allerdings wurden seit 2002 (mit Ausnahme 2009) weitreichende Leitlinien zur Lohnerhöhung zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgebern vereinbart. Diese unterzeichneten Vereinbarungen enthalten Empfehlungen für die Verhandlungsparteien auf Branchen- und Unternehmensebene in Bezug auf die Lohnverhandlungen für das kommende Jahr, die allerdings nicht verbindlich sind. Die Vereinbarungen auf den unteren Ebenen enthalten normalerweise Regeln zu Lohn- und Arbeitszeitfragen, häufig auch eine Klausel, die eine zusätzliche Zahlung vorsieht, wenn die Inflation über das vereinbarte Niveau hinausgeht. Sie können auch Einzelheiten anderer Bereiche regeln, wie z. B. der Aus- und Weiterbildung, der Einstufung von Tätigkeiten, Krankheit, Mutterschutz, Ar-

beits- und Gesundheitsschutz. Zudem gilt eine Tarifdeckung aufgrund der automatischen Allgemeinverbindlichkeitsregel, nach der alle Betriebe unabhängig von der Mitgliedschaft unter die Regel des gültigen Branchen-Tarifvertrages fallen generell bei ca. 80 Prozent aller Beschäftigten. Das Klima des »sozialen Dialogs« führte zu zahlreichen tripartistischen Sozialpakten (Konzertation) über Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik, Rentenreform, Gesundheitssystem und »sozialen Dialog« im öffentlichen Dienst.

Die Folgen der Wirtschaftskrise mit den drastischen Einschnitten und zwei gewerkschaftsfeindlichen Arbeitsmarktreformen (2010, 2012) haben den sozialen Dialog auf vielen Ebenen zum Erliegen gebracht. Die Arbeitsrechtsreform von 2012 beispielsweise verschiebt das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit eindeutig zugunsten der Arbeitgeber. Selbst gesetzlich vorgeschriebene Konsultationen, wie die Festsetzung des gesetzlichen Mindestlohns wurden von der Rajoy-Regierung missachtet (2016).

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

Die starke institutionelle Einbindung der Gewerkschaften in tripartistische soziale Dialoge und staatliche Institutionen gibt den Gewerkschaften zwar Einfluss, Gehör und Zugang zu organisatorischen Ressourcen, hat jedoch ihrem Image und öffentlichen Ansehen eher geschadet. Als Teil des politischen Systems erleiden sie denselben Vertrauensverlust wie die Politik und bilden zusammen mit den politischen Parteien, Banken und multinationalen Unternehmen die Gruppe des geringsten Vertrauens in der spanischen Gesellschaft. Kleine und mittlere Unternehmen werden dagegen ebenso wie Wissenschaft, Polizei, Militär, Sozialversicherung und Nicht-Regierungsorganisationen positiv bewertet.

Eine weitere politisch-gesellschaftlichen Herausforderung vor denen Gewerkschaften stehen, sind die geforderte Abänderung bzw. Abschaffung der Arbeitsrechtreformen aus den Jahren 2010 und 2012, als auch das Bestreben, den Schutz der Beschäftigten wiederherzustellen. Außerdem kommt es für sie darauf an, durch eine Rückkehr in die Gesellschaft wieder zu einer glaubwürdigen Opposition gegen arbeitnehmerfeindliche und antisoziale Kräfte zu werden. Schließlich repräsentieren die spanischen Gewerkschaften weiterhin mit insgesamt 2,5 Mio. Mitgliedern, sieben Mio. Wählerstimmen bei Betriebskomitee-Wahlen und elf Millionen Beschäftigten mit Tarifdeckung die wichtigsten sozialen Organisationen der Gesellschaft.

Eine fundamentale Herausforderung für die spanischen Gewerkschaften liegt in der Rückgewinnung ihrer sozialen Reputation und politischen Glaubwürdigkeit. Aufgrund des steigenden Unmutes der breiten Bevölkerungsschicht über die Prekarisierung der Arbeitsbedingungen, aber auch über die zahnlosen traditionellen Gewerkschaften bildete sich eine Reihe von Initiativen heraus, die sowohl basisdemokratisch organisiert waren, als auch sich durch verschiedene Protestformen charakterisierten und die jenseits der etablierten gewerkschaftlichen Vertretungskanäle agierten.

In den letzten Jahren kam es immer häufiger zu spontanen Streiks, Betriebsbesetzungen und Protestaktionen von Belegschaften. Diese richteten sich teils gegen Betriebsschließungen und Produktionsverlagerungen teils gegen die prekären Arbeitsbedingungen im Dienstleistungssektor. Unabhängig davon kristallisierten sich vor allem zwei soziale Bewegungen, die nicht von den Gewerkschaften initiiert wohl aber wesentlich mitgetragen wurden, heraus und verdienen eine genauere Betrachtung. In diesem Kontext lässt sich behaupten, dass diese den Gewerkschaften neues Leben als sozialpolitischer Akteur einhauchen könnten. Am 8. März 2018, dem Internationalen Frauentag, kam es zu einem in dieser Stärke historisch einmaligen »feministischen Generalstreik« (huelga feminista), zu dem ein breites Spektrum von Frauenrechtsorganisationen aufgerufen hatte. Die Gewerkschaftsverbände unterstützten diesen durch einen Streikaufruf von zwei Stunden pro Schicht und beteiligten sich an den massenhaften Demonstrationen in ganz Spanien. Mehrere Millionen Menschen demonstrierten gegen den »Gender Pay Gap« sowie gegen Gewalt gegen Frauen. Auch in diesem Jahr haben sich die Gewerkschaften dazu entschlossen, den nationalen »feministischen Generalstreik« am 8. März 2019 zu unterstützen, um gemeinsam für die Gleichstellung der Frauen und gegen die anhaltende Diskriminierung des weiblichen Geschlechts in der Gesellschaft zu demonstrieren. Als weitere neue soziale Bewegung mobilisierten sich während des gesamten Frühjahrs 2018 Rentner_innen auf nationaler Ebene, um gegen die Begrenzung der Rentensteigerung auf 0,25 Prozent und den damit verbundenen realen Einkommensverlust zu demonstrieren. Die Gewerkschaften hatten diese Begrenzung ebenso wie die Erhöhung des Rentenalters von 65 auf 67 Jahre als Teil des lange etablierten nationalen Rentenpaktes (Pakt von Toledo) bis dahin zumindest geduldet, sahen sich allerdings nun gezwungen, die Massenproteste der Rentner_innen zu unterstützen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die neue Frauen- und Rentnerbewegungen den Gewerkschaften den kaum zu überschätzenden Dienst erwiesen, endlich wieder arbeits- und sozialpolitische Themen in die öffentliche Agenda einzuspeisen und den gewerkschaftlichen Anspruch zu unterstreichen, eine gesellschaftspolitische Gestaltungsmacht innerhalb des politischen Zukunftsdiskurses in Spanien zu sein.

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale
Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.